



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Der Reichskanzler im Landwirtschaftsrat. Bauernstand und Sozialdemokratie. Mittel gegen die Landflucht. Bismarcks Großknecht. Wahlrecht und Staatsstreich. Manteuffels sogenanntes politisches Testament. Deutschland und Frankreich in Algiciras und in Kopenhagen.)

Der deutsche Landwirtschaftsrat hat sich — und das wird ihm auch von den Gegnern zugestanden werden müssen — zu dem Range einer vornehmen landwirtschaftlichen Körperschaft entwickelt, die der Vertretung ihrer Interessen mit großer Ruhe und Sachlichkeit obliegt. Als Fürst Bülow den Reichskanzlerposten übernahm, hatte er es mit Recht als seine wichtigste Aufgabe auf dem Gebiete der innern Politik angesehen, dem durch die Handelsverträge und durch die Kanalvorlagen entstandenen Konflikt zwischen den Konservativen und der Krone ein Ende zu machen. Die Handelsverträge und mit ihnen die Zollfragen liegen auf dem Gebiete der Reichspolitik, die Kanalfragen sind eine preußische Angelegenheit. Als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident war Fürst Bülow für beides zuständig, und er konnte seine Doppelstellung in diesem doppelten Sinne verwerten. Der deutsche Landwirtschaftsrat bot für die angestrebte Verständigung ein um so geeigneteres Milieu, als er das gesamte Deutschland umfaßt, und die konservative preußische Kanalopposition in diesem Kreise nicht die ausschlaggebende war. Am 6. Februar 1901, vier Monate nach Übernahme des Kanzlerpostens, erschien Fürst Bülow zum erstenmal beim Festmahle des Landwirtschaftsrats, und indem er die Anwesenden als „die geordnete Vertretung aller deutschen Landwirte im ganzen Deutschen Reich von der russischen bis zur französischen Grenze“ begrüßte, gab er ihnen zugleich die Versicherung, daß er sich eins mit ihnen wisse in dem Bestreben, mit allen Kräften die Interessen der deutschen Landwirtschaft zu fördern, die seit einer langen Reihe von Jahren in sehr schwierigen Verhältnissen sei. Es gebe für ihn nur eine Richtschnur in der Politik, das öffentliche Wohl, das ihm zur Pflicht mache, die großen produktiven Stände, Industrie, Landwirtschaft und Handel, gleichmäßig zu schützen. Die Fürsorge für die Landwirtschaft sei ihm aber nicht nur Pflicht des Amtes, sondern auch Bedürfnis des Herzens, dafür büрге schon sein Name, dessen Träger seit Jahrhunderten die deutsche Scholle gebaut hätten. — Seit jener Rede sind nun fünf Jahre vergangen, und alljährlich hat der Reichskanzler die Gelegenheit des Festmahls des Landwirtschaftsrats benützt, sich in demselben Sinne als Freund und Förderer der Landwirtschaft zu bekennen und damit zugleich einen Einfluß auf diese Kreise zu gewinnen.

Die Aufnahme, die seine Rede diesesmal in der Festversammlung selbst fand, war eine viel begeistertere, als aus der am Montag von der Generalversammlung des Bundes der Landwirte angenommenen Resolution herauszulesen ist, aus der das „Vertrauen“ zur Regierung nur tropfenweis träufelt. Aber ein Agitationsverein kann den Sprung von einem Extrem in das andre nicht so glatt ausführen, und bei der entschiednen Stellung gegen die Reichserbschaftsteuer mußte natürlich auch das „Vertrauensvotum“ eine entsprechende Einschränkung erfahren.

Den Kampf zugleich mit den Sozialdemokraten und mit den Konservativen zu führen, ist für keine Regierung in Preußen und in Deutschland möglich. Das Anwachsen der Sozialdemokratie mußte den Friedensschluß um so mehr fördern, als auch die Konservativen in dem Anwachsen ihrer erbittertsten Gegner ein diserte moniti! zu sehen hatten. Erleichtert aber wurde die Annäherung dadurch, daß sie auf dem Boden des deutschen Landwirtschaftsrats erfolgen konnte, wo die spezifisch preußischen Verfassungen nicht überwogen. Die verfloffenen fünf Jahre haben erwiesen, daß diese Taktik richtig war, und wenn der Reichskanzler jetzt in diesem Kreise die Landwirtschaft zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufrief und den Bauernstand als das festeste Bollwerk in einem solchen Kampfe bezeichnete, so

war damit nicht nur den andern produktiven Ständen gegenüber die der Landwirtschaft zuteil gewordne Unterstützung motiviert, sondern zugleich an die wiedererstandne Landwirtschaft die Mahnung gerichtet, sich an dem Kampfe, der auch ihrer Existenz gilt, aktiv zu beteiligen. Ein wichtiges Mittel in diesem Kampfe wäre die Verhinderung oder wenigstens die Verminderung der Landflucht, der Abwanderung der Arbeitskräfte. Sollten die Landwirtschaftskammern oder andre berufsmäßige Organisationen da nicht durch Stiftung von Prämien helfend eingreifen können, sowohl für die jungen Leute, die nach ihrer Militärdienstzeit in ihre Heimatdörfer zurückkehren, als auch für die, die in der ländlichen Arbeit bleiben? Eine von fünf zu fünf Jahren steigende Prämie! Diese könnte in Gestalt von gesparten Sparkassenbüchern gegeben werden, die dann als Heiratgut dienen. Nach solcher Richtung könnten die landwirtschaftlichen Organisationen wohl noch viel leisten.

Bismarck erzählte in den letzten Jahren seines Lebens, daß sein Barziner Großknecht, mit dem er sehr zufrieden war, ihm aufgesagt habe. Als er ihn nach dem Grunde befragte und wohin er denn wolle, entgegnete der Knecht, daß er weder über den Lohn noch über die Behandlung zu klagen habe, aber er wolle in die Stadt. Bismarck fragte, was er denn in der Stadt Besseres habe? Die Antwort lautete: Ja, da sei Abends Bier und Musik. Aus diesem typisch zu nennenden Beispiel ergibt sich, daß wesentlich die Annehmlichkeiten des städtischen Lebens und namentlich die Menge freier Zeit, die die Landwirtschaft nicht in diesem Maße zu bieten vermag, die Hauptanziehungspunkte für die jungen Leute sind, und daß somit die landwirtschaftlichen Organisationen auf die Schaffung von Gegengewichten Bedacht nehmen müssen, die selbstverständlich nicht in der Abschaffung oder in der Beschränkung der Freizügigkeit gesucht werden können, was mit der heutigen Verkehrsentwicklung ganz unvereinbar sein würde, sondern in der Stiftung von Heiratsgut, Dienstprämien, Alterszulagen usw.

Stimmen, die sich gegen die absolute Freizügigkeit richten, werden ja in konservativen Kreisen, auch in der Presse, wiederholt laut. Aber es ist unter normalen Verhältnissen ebensowenig an eine Beschränkung dieses zu den Grundrechten der Reichsverfassung zählenden Rechts wie an die Beseitigung oder Einschränkung des jetzigen Wahlrechts zu denken. Ungeachtet alles Gegensatzes zur Sozialdemokratie konnte deshalb der Staatssekretär Graf Posadowsky jüngst im Reichstage erklären, daß die verbündeten Regierungen vollständig auf dem Boden des jetzigen Wahlrechts stehn. Wenn Graf Posadowsky bei diesem Anlaß vor dem Spielen mit dem Feuer des Staatsstreichs in der Presse warnte, so sind eigentlich Forderungen in diesem Umfange sogar in Organen der äußersten Rechten nicht oder doch nur sehr behutsam zutage getreten. Die Gefahr eines Staatsstreichs, um diesen Ausdruck beizubehalten, liegt nicht auf dieser Seite, sondern bei den Sozialdemokraten. Die verbündeten Regierungen stehn fest auf dem Boden des jetzigen Reichswahlrechts, solange dieses Wahlrecht nicht zu einer direkten Gefahr für das Reich wird. Aber sobald die Sozialdemokratie „russisch“ zu reden anfinge und zu revolutionären Emeuten ernsterer Art mit den Waffen in der Hand überginge, würde sie zunächst das heutige Wahlrecht gefährden. Es würde das aller Voraussicht nach das erste Ergebnis einer revolutionären Bewegung sein. Das wissen die Führer ganz genau, und sie hüten sich auch aus diesem Grunde, die Dinge so bald auf die Spitze zu treiben. Eine Regierung kann sich freilich ohne zwingenden Grund nicht auf Drohungen verlegen wie einzelne Abgeordnete oder Zeitungen, sie würde der Sozialdemokratie damit eine berechtigte Parole in die Hand geben. Es war deshalb völlig korrekt, daß Graf Posadowsky die Gelegenheit benutzte, im Namen der Regierungen eine fast feierliche Erklärung zugunsten des heute geltigen Wahlrechts abzugeben. Der Sozialdemokratie wird damit eine Waffe aus der Hand genommen, aber den Entschlieungen, die etwa am Morgen nach einer revolutionären Bewegung zu treffen wären, ist in keiner Weise vorgegriffen.

Einstweilen wird sich der sozialdemokratische Generalstab die Sache noch überlegen, und es müßte sonderbar zugehn, wenn die heutige Sozialdemokratie allein von der Eigenschaft aller irdischen Dinge, dem Werden und Vergehen, unberührt bleiben sollte.

Noch mehr ist aber in der Rede des Staatssekretärs des Innern eine Wendung aufgefallen, nämlich der Hinweis auf das sogenannte politische Testament des Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel und das Lob, das er dem Minister bei dieser Gelegenheit erteilte. Er bezeichnete ihn als „einen der bedeutendsten Staatsmänner, die Preußen jemals gehabt habe.“ Die hier und da laut gewordne Vermutung, daß Graf Posadowsky damit ein Kompliment an die Konservativen beabsichtigt habe, wird seinem Charakter nicht gerecht. Der Minister von Manteuffel erscheint seit den Denkwürdigkeiten des Generals von Gerlach und seit der vor einigen Jahren erfolgten Veröffentlichung seiner eignen Papiere in einem wesentlich andern Lichte als früher. Namentlich bei seiner Führung der auswärtigen Geschäfte muß ihm hoch angerechnet werden, daß die Dinge nicht noch weiter verfahren worden sind, als es in der Zeit von 1850 bis 1857 der Fall war, wo außer dem König auch seine General- und Flügeladjutanten und noch eine Menge anderer unberufener Personen an der auswärtigen Politik mitwirkten, und der Minister dann meist die wenig dankbare Aufgabe hatte, aus dem Ragout so vieler Köche eine anständige Schüssel zu machen. Er hat sich in nicht wenig Fällen für die Unglaublichkeiten der damaligen preußischen Politik geopfert und sich einen klaren Blick für das unter solchen Umständen noch Mögliche und Erreichbare bewahrt. Freilich vermochte er meist wenig mehr zu tun, als den Geschäftsgang notdürftig in Ordnung zu erhalten und die persönliche Politik des Königs, die durch General von Gerlach, Edwin Manteuffel und andre höhere Militärs, nicht selten in außerordentlichen Renseignements und Missionen, betrieben wurde, mit der amtlichen Politik und dem amtlichen Geschäftsgang einigermaßen in Einklang zu bringen.

Wurde zum Beispiel Edwin Manteuffel nach Wien gesandt, um an den Kaiser Fragen zu stellen, zu denen selbst nach Gerlachs Äußerungen zum Könige der dortige Gesandte vollkommen ausgereicht hätte, so schrieb nicht der für die Geschäfte verantwortliche Minister die Instruktion für den Königsboten, sondern General v. Gerlach. Der Minister hatte dann die Aufgabe, den preußischen wie den fremden Gesandtschaften Aufschlüsse über Maßnahmen und Absichten zu geben, die er oftmals nicht nur nicht billigte, sondern vielleicht nicht einmal genauer kannte. Es ist begreiflich, daß wenn sich solche Fälle zu sehr häuften, Augenblicke des Annuß bei ihm eintraten, in denen er den Abschied einreichte, auch wohl par dépit auf sein Gut nach Krossen ging. Dann wurde Bismarck — wie dieser selbst erzählt — aus Frankfurt nach Berlin berufen, um die Sache mit Manteuffel in Ordnung zu bringen. Eine dieser als eventuelles Abschiedsgesuch eingereichten Denkschriften ist die vom Grafen Posadowsky erwähnte. Sie findet sich im dritten Bande der von Poschinger im Jahre 1901 herausgegebenen Denkwürdigkeiten Manteuffels (Berlin, Mittler u. Sohn): „Unter Friedrich Wilhelm IV.“ S. 98 usw. Diese sehr lehrreichen Manteuffelschen Denkwürdigkeiten sind leider viel weniger bekannt, als sie es verdienen. Nun vermag aber nicht nur Poschinger für die Denkschrift, die er Manteuffels „politisches Testament“ nennt — diese Bezeichnung hat Graf Posadowsky übernommen —, kein Datum der Abfassung oder der Absendung an den König anzugeben, sondern es findet sich auch bei Manteuffel selbst ebenso wie in Gerlachs Denkwürdigkeiten und Briefwechsel nicht die geringste Notiz, daß die Denkschrift an den König wirklich abgegangen ist, und was der König darauf erwidert hat.

Der König war im Herbst 1855 wieder mit seiner Lieblingsidee hervorgetreten, die Verfassung durch einen „königlichen Freibrief“ zu ersetzen, d. h. eine andre Verfassung zu oktroyieren, die dem Landtage die Geldbewilligung, aber nicht die Gesetzgebung belassen sollte. Bei dem Übergewicht der konservativen Mehrheit im Abgeordnetenhaus wären Versuche dieser Richtung vielleicht nicht ganz aussichtslos gewesen, aber der Gedanke war leichter gefaßt als ausgeführt. Otto Manteuffel

war — ebenso wie General von Gerlach — als nüchternen Politiker ein Gegner dieser Idee, die zu den vielen auswärtigen Schwierigkeiten noch große innere geschaffen hätte. Zudem war er tief verstimmt durch den berühmten Potsdamer Briefdiebstahl und durch die Behandlung dieser Angelegenheit, ferner durch die Anklagen, die der General der Kavallerie von Wedell (der letzte der Schillschen Offiziere) und der Gesandte von Usedom beim Könige gegen ihn vorgebracht hatten, und denen der König Recht zu geben schien; auch andre Beschwerden gegen Manteuffel, die das Ohr des Königs fanden, lagen vor. Daneben liefen große Schwankungen in der auswärtigen Politik. Das alles drückte schwer auf den Minister, der außerdem die Eigenschaft hatte, sich in solchen Fällen am Schreibtisch mit Tinte und Feder auszuweinen.

Aus dieser Seelenstimmung heraus entstand dann die Denkschrift, deren Abfassung nach Poschingen „jedenfalls vor dem 10. März 1856, dem Todestage Hindelsbey, beendet war.“ Die Denkschrift ist in Anbetracht des Umstandes, daß sie der Feder eines preussischen Ministerpräsidenten entstammt, im höchsten Grade beachtenswert, auch wenn der König sie nie bekommen oder nicht gelesen hat. Es ist jedoch sehr wohl denkbar, daß Manteuffel Mittel und Wege hatte, den König durch einen Vertrauten über den Inhalt unterrichten zu lassen, und daß der König auf demselben Wege Manteuffel zu beruhigen wußte. Es findet sich in Gerlachs Denkwürdigkeiten bereits unter dem 22. November 1855 (man beachte das Datum!) eine Eintragung über ein Gespräch mit Manteuffel an diesem Tage, worin es heißt: „Hierauf folgte dann eine Erklärung über das Zurückziehen vom Amt aus drei Ursachen.“ Hieraus kann man folgern, daß Gerlach in jenen Tagen Kenntnis von Manteuffels Denkschrift hatte, in der dieser unter gewissen Voraussetzungen den Abschied erbat, ohne daß der König sie erhalten hatte. Andererseits war aber Bismarck durch ein Schreiben des Ministers des Innern vom 18. November auf Grund einer königlichen Order vom 8. aufgefordert worden, zur Landtagseröffnung am 29. nach Berlin zu kommen und seinen Sitz im Herrenhause anzunehmen. Der König hatte dann mehrfach längere Unterredungen mit Bismarck, über den er sich wiederholt sehr anerkennend äußerte (Gerlach). Es ist hiernach sehr wohl möglich, daß das Manteuffelsche Abschiedsgesuch mit Bismarck und durch Bismarck zur Erledigung gebracht worden ist. Ob ganz — mag dahingestellt bleiben, wenigstens schreibt Bismarck aus Frankfurt unter dem 9. Januar 1856 an Gerlach: „Man schreibt mir aus Manteuffels Umgebung, daß er sehr niedergeschlagen, weich und widerstandsunfähig gestimmt sei, anscheinend durch Dinge, die außerhalb der eignen Politik liegen. Ich kann mirs denken.“ Merkwürdig ist, daß sowohl Manteuffel als Gerlach absolutes Stillschweigen über das weitere Schicksal der Denkschrift und über die Erledigung des Abschiedsgesuchs bewahrt haben.

Im März ging Manteuffel nach Paris zur Friedenskonferenz, und er erhielt nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags den Schwarzen Adlerorden. Damit war die Sache wohl äußerlich beglichen. Graf Posadowsky hat die Denkschrift erwähnt wegen der darin enthaltenen Ausführungen des konservativen Ministers gegen Staatsstreichideen, aber die bei weitem wichtigsten und interessantesten Sätze des Schriftstücks sind die, die sich mit der Stellung des Königs an der Spitze des Staatswesens befassen und mit dem Wesen und der Stellung der Minister. Es würde den Rahmen dieser Wochenschau überschreiten, auf das sehr lesenswerte Altentstück noch näher einzugehen, an das öffentlich vor dem Parlament erinnert zu haben auch als Verdienst gelten kann.

Die Konferenz von Algieras ist in das Stadium getreten, das bisher wohl noch keiner internationalen politischen Konferenz erspart geblieben ist: dem des drohenden Scheiterns. Es genügt, an den Berliner Kongreß von 1878 zu erinnern, bei dem es wiederholt der größten Anstrengung des „ehelichen Maklers“ bedurfte, einem Abbruch und ernststen politischen Komplikationen vorzubeugen. Es kann eigentlich kaum überraschen, sondern war vorauszusehen, daß die Franzosen

noch einmal versuchen würden, entweder durch diplomatisches Intriguenspiel oder in stürmlichem Anlauf auf der Konferenz das zu erreichen, worauf sie bei den im Sommer vorausgegangnen Verhandlungen mit Deutschland verzichtet hatten. Sie glauben offenbar, diesen Sturmangriff mit um so besserer Aussicht auf Erfolg ausführen zu können, als von deutscher Seite bei den verschiedensten Anlässen und in allen Tonarten ausgesprochen worden ist, daß die marokkanische Angelegenheit keine Kriegsfrage zwischen Deutschland und Frankreich sein könne und werden solle, nachdem die französische Regierung die vom Minister Delcassé gegen Deutschland eingeschlagene feindselige Haltung reprobiert habe. Die Richtung der französischen Politik, die im „Temps“ neuerdings zum Ausdruck kommt, rechnet darum auf die schließliche Nachgiebigkeit Deutschlands, die zu erreichen es nur eines kräftigen Druckes, eines starken Impetus, bedürfe. Die Ankündigung der Mittelmeerreise des Kaisers hat zudem sowohl bei den französischen Bevollmächtigten in Algier als bei ihren Pariser Auftraggebern die Meinung befestigt, daß Deutschland bis dahin nachgegeben haben werde, damit die Reise keine Schwierigkeiten oder nicht etwa gar eine Verhinderung erfahre, kurzum man stellt sich die deutsche Schranke des französischen Ehrgeizes als eine solche vor, die zwar einigen Widerstand leisten, aber einem entschlossenen Drucke sicher weichen werde. Den in Deutschland auch in der Presse ziemlich laut geäußerten Wunsch, durch die Konferenz mit Frankreich in gute Beziehungen zu gelangen, scheint man in Paris wie in Algier zu überschätzen und mißbrauchen zu wollen. Es geht auch so — und für Deutschland und das deutsche Volk ist es vielleicht sogar viel nützlicher, daß es durch die Übertreibung der französischen Ansprüche von neuem die Lehre empfängt, daß wir nach wie vor allen Grund haben, dauernd auf dem Qui vivo? zu sein. Wenn augenblicklich englische und russische Blätter in rührender Übereinstimmung für französische Rechnung Deutschland kriegerischer Absichten beschuldigen, für die Marokko und die Konferenz nur ein Vorwand seien, so geschieht das nur in der Absicht, deutsche Erklärungen herbeizuführen, durch die sich Deutschlands Politik festlegen und auf die ultima ratio verzichtet soll. Zugleich soll damit die Schuld an einem dennoch ausbrechenden Kriege im voraus den bösen Absichten Deutschlands aufgebürdet werden.

Die Neigung, sich durch „das bißchen Marokko“ in den behaglichen Träumereien von Völkerverbrüderung und in den süßen Bequemlichkeiten einer bald vierzigjährigen Friedensgewöhnung nicht stören zu lassen, ist freilich im lieben Vaterlande sehr groß geworden. Unser wertvollster Nachbar wird einmal der sein, der uns recht derb auf die Füße tritt und dem deutschen Volke damit in Erinnerung bringt, daß es für eine lebenskräftige und zukunftsrechtigte Nation unter Umständen doch noch wichtigere und heilsamere Dinge gibt, als eine gute Handelsbilanz und eine ungestörte, von jeder Zugluft gestörte Friedensbehaglichkeit. Für die deutsche Politik liegen die Verhältnisse nach außen wie nach innen unendlich viel einfacher, sobald wir wissen, daß wir uns Frankreich gegenüber in einer Art Vorpostenstellung befinden. Es besteht somit eigentlich gar kein Grund für uns, die Franzosen glauben zu machen, daß wirklich gute Beziehungen uns erwünschter seien als ihnen selbst. Zudem klingt es sehr komisch, daß sie sich Deutschland gegenüber auf ihr „mufelmännisches Reich von sechs Millionen in Nordafrika“ berufen. Es ist das eine Fiktion, eine Phrase, die in der politischen Polemik eine recht nützliche Figur macht, in der Diplomatie aber wenig Eindruck hervorruft. In Tunis steht Frankreich von Deutschlands Gnaden. Das mag damals dem deutschen Interesse entsprochen haben. Heute aber haben wir jedenfalls keinen Anlaß mehr, Frankreich die Rüste von Nordafrika und gar unter Preisgebung international verbürgter deutscher Rechte in die Hände zu spielen. Dem afrikanischen Chauvinismus des „Temps“ gegenüber braucht sich die deutsche Presse einstweilen nicht aufzuregen, aber es wird sehr nützlich sein, den Franzosen jeden Zweifel zu nehmen, daß wir uns in Algier nicht an die Wand drücken lassen. Nicht Deutschland, sondern Frankreich bedurfte der Konferenz. Wir haben ihm diese goldne Brücke gebaut, um ihm aus der Sackgasse, in die es durch

die Delcassésche Politik gelangt war, wieder herauszuhelfen. Wir haben uns vielleicht zuviel Mühe gegeben. Auch mögen die Franzosen darauf pochen, daß sie durch geheime Abmachungen Spanien und Italien in der Tasche haben, dazu England und Rußland auch, sodaß Deutschland in Algeciras ziemlich isoliert sei und sich dadurch in die Rolle bringe, die einzige Macht zu sein, die Frankreich versage, was alle andern zuzugestehn bereit seien, und was „Frankreichs Recht“ sei.

Warten wir in Ruhe ab. Jeder Staat hat das Recht und die Pflicht, Wächter seiner Interessen zu sein. Was Spanien und Italien tun, ist für uns nicht maßgebend, ebensowenig was England um seiner Entente willen, und was Rußland um der fernern Ausnutzung des Pariser Geldmarktes willen für notwendig halten. Auch das Aufgehn eines Feuers auf dem Balkan, als Begleitererscheinung zur Konferenz von Algeciras und zur Unterstützung der französischen Ansprüche in Marokko, kann uns nicht irremachen. Die Franzosen haben seinerzeit den Ausspruch des deutschen Reichskanzlers, daß es in Algeciras weder Sieger noch Besiegte geben solle, mit großer Emphase aufgenommen. Wenn sie sich aber selbst durch übertriebne und für Deutschland unannehmbare Forderungen in die Lage bringen, Besiegte zu werden, so sollen sie die Schuld nicht bei Deutschland suchen. Wer in Marokko die Polizei hat, hat das Land und hat namentlich dessen wirtschaftliche Interessen in der Hand. Es hätte somit gar keinen Sinn, den Franzosen jetzt als Generalmandat oder — was in der Praxis auf dasselbe herauskäme — etwa als französisch-spanisches Generalmandat zuzugestehn, was man ihnen vorher bis zur Gefahr eines Konflikts mit voller Bestimmtheit abgeschlagen hat. Wir wollen deshalb einstweilen die Überzeugung nicht fallen lassen, daß wenn Deutschland fest bleibt, die Franzosen rechtzeitig nachgeben und mit dem vorlieb nehmen werden, was sie ohne Gefährdung des Friedens in Algeciras erreichen können. Je mehr sie sich dort in unerreichbare Ziele verbeißen, desto gewisser sind sie später, was die unvermeidliche goldne Brücke für den Rückzug anlangt, auf Deutschland angewiesen. Daß sie versuchen würden, wie weit sie auf diesem Wege etwa kommen könnten, wie weit auf Deutschlands Nachgiebigkeit zu rechnen sei, war ebenso mit Sicherheit vorauszusetzen, wie angenommen werden darf, daß Frankreich die Konferenzbeschlüsse, auch wenn es sich ihnen jetzt fügt, niemals als dauernd bindend ansehen wird. Noch ehe die Konferenzbeschlüsse in die Praxis übergeführt sein werden, werden wir dem Schauspiel fortgesetzter Intriguen und Bemühungen von der französischen Seite beiwohnen, deren sich der europäische Handel und die marokkanische Regierung, diese vom Standpunkt ihrer Selbständigkeit, zu erwehren haben werden. Auch wenn die Konferenz zu befriedigenden Resultaten kommt, wird sie somit die marokkanische Frage nicht gelöst haben, im Gegenteil, Marokko wird dann erst anfangen, dauernd die europäische Diplomatie zu beschäftigen.

Es hat fast den Anschein, als ob die Franzosen die goldne Brücke — in Kopenhagen suchen und die Konferenz von Algeciras am Sarge Christians des Neunten zum Austrag zu bringen hoffen. Wenigstens deutet die Entsendung des früheren Botschafters in Berlin, des Barons Courcel, nach Kopenhagen darauf hin, daß sich die französische Politik auf Separatverhandlungen mit dem Kaiser einrichtet, um in Kopenhagen aus der Sackgasse herauszukommen, in die man sich in Algeciras verannt hat. Bekamen wir doch schon im Sommer in Pariser Blättern zu lesen, daß der Reichskanzler und das Auswärtige Amt allein die Schwierigkeiten machten, während die Verständigung mit dem Kaiser sehr leicht sei. Man scheint in Paris über die deutschen Staatszwecke und deren einheitliche Vertretung eigentümliche Ansichten zu hegen.

s

Vom römischen Grenzwall. Unter dieser Überschrift sind auf S. 449, II, 1905 der Grenzboten drei Bücher besprochen worden, von denen zwei in Form von geschichtlichen Erzählungen die Kämpfe zwischen den Römern und Germanen in Deutschland schildern. Kürzlich ist wieder ein Buch dieser Art erschienen von

Karl Blümlein unter dem Titel: Im Kampf um die Saalburg. Eine Geschichte von der römisch-germanischen Grenze für die reifere Jugend, mit Illustrationen von W. Bland und zahlreichen photographischen Originalreproduktionen. Der Vollständigkeit halber mag auch diese neue Erzählung, deren geschichtlichen Hintergrund die Kämpfe eines germanischen Stammes mit den Römern unter der Regierung des Kaisers Hadrian bilden, erwähnt werden. Der Schauplatz der Haupthandlung ist das Saalburgkastell, dessen Schicksale am Schluß des Buches auf Grund der Ausgrabungen besprochen werden. Der Held der Erzählung ist ein junger Germane Gerwin, der wider seinen Willen in römische Dienste kommt und sich dort so auszeichnet, daß er der Leibwache des Kaisers eingereiht wird. Bei der Zerstörung der Saalburg durch seine Landsleute rettet er mit eigener Lebensgefahr seinen Herrn, der auf einer Besichtigungsreise in dem Taunuskastell weilte, wird aber selbst gefangen genommen und soll wie die andern Gefangnen den germanischen Göttern geopfert werden. Im letzten Augenblick tritt Gerlinde, die Geliebte Gerwins, um derenwillen er einst römische Kriegsdienste nehmen mußte, vor den Opferaltar, erzählt den wahren Sachverhalt und erbittet die Freigabe des tapfern Jünglings. Nach der Beratung, bei der der alte Ragano, Gerlindes Vater, das Wort führt und jenen des Verrats am Vaterlande beschuldigt, entscheidet das Los, und dieses ist für Gerwin günstig. Er wird freigegeben, und schließlich tritt der Kaiser selbst als Freiwerber für seinen Schützling bei dem noch immer nicht ganz versöhnten Ragano auf, der auch endlich nachgibt und seine letzten Tage auf dem Gute des Gerwin verlebt, das Hadrian diesem geschenkt hat.

Der Verfasser schildert die Vorgänge in einer für die Jugend leicht verständlichen und anziehenden Weise, beschreibt die einzelnen Teile der Saalburg genau und übersichtlich und gibt von dem Leben der Germanen am Grenzwall, von ihren Versammlungen, Opfern, Verschwörungen und Kämpfen ein anschauliches Bild, sodaß auch dieses neue Buch für die Schülerbibliotheken empfohlen werden kann. Die Karten, Pläne und Abbildungen sind sorgsam nach den Angaben des bekannten Geheimen Baurats Professorens Jacobi ausgearbeitet und tragen viel zum Verständnis bei.

R. Krieg

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig



Forman gegen Schnupfen

DOSE 30 Pfg.

Ärztlicherseits vielfach als ideales Schnupfenmittel bezeichnet. — Wirkung frappant.